

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Christkatholische Quertreibereien.

Unsere Kollegen wissen, daß wir uns als Gewerkschaftler um ihre religiösen Anschauungen und um ihr Glaubensbekenntnis durchaus nicht kümmern. Wir stehen auf dem Standpunkt des alten Freien und lassen jeden nach seiner Fagon selig werden. Wenn er nur als Kollege und Mitglied der Organisation seine Pflicht und Schulpflicht thut, so genügt uns das und wir fragen nicht darnach, ob er einer katholischen oder in einer evangelischen Kirche oder in einem Zuhentempel sein religiöses Bedürfnis befriedigt, oder ob er vielleicht über die Dogmen und den Kultus der Religionsgemeinschaften hinausgewachsen ist. Diesen Standpunkt der Neutralität haben wir seit jeher vertreten, weil es uns als ein katolischer Fehler erschien, wirtschaftspolitische Fragen, wie sie eine Gewerkschaft behandelt, mit religiösen Fragen zu verquiden.

Von diesem Standpunkt aus haben wir die Gründung christlicher Gewerkschaften mißbilligt, weil und insofern sie einen Keil in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung treiben und dadurch einen gemeinsamen, zum Zwecke der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommenen Vor gehen des klassenbewußten Proletariats Hindernisse in den Weg legen. Zu wiederholten Malen haben wir darauf hingewiesen, daß es thöricht ist, auf einen solch nebensächlichen Faktor, wie es das Religionsbekenntnis heutzutage im wirtschaftlichen Leben ist, Vereine aufzubauen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Wie ein Hohn würde es klingen, wollte man einen evangelischen Stubenbesitzerverein oder einen katholischen Malermeisterverband oder einen christlichen Verein deutscher Metallwaarenfabrikanten gründen. Das Unternehmertum macht sich nicht so lächerlich, solche konfessionelle Vereine ins Leben zu rufen, weil es weiß, daß das Kapital nicht nur international, sondern auch interkonfessionell ist, nur die Arbeiter lassen sich von „wohlmeinenden Freunden“ zu solchen Dummeheiten verleiten. Immer und immer wieder kriechen die „christlichen“ Arbeiter auf den Leim, trotzdem sie im Ernstfalle jedes Mal die Erfahrung machen müssen, daß ihnen bei einem Konflikt zwischen Unternehmertum und Arbeitern ihr Religionsbekenntnis nichts nützt. Das Unternehmertum scheert sich den Teufel darum, ob es mit christlichen oder unchristlichen Arbeitern zu thun hat, wenn man seinen geheiligten Proffit oder sein Herrenrecht antastet. Zahlreiche Beispiele, welche dies beweisen, haben aber dem Proletariat noch immer nicht die Ueberzeugung beigebracht, daß eine einheitliche Zusammenschließung aller Kräfte in einer gemeinsamen Organisation das dringendste Erfordernis ist.

Seit einiger Zeit macht sich eine Strömung im Gewerkschaftsleben bemerkbar, die sich nicht damit begnügt, die christlichen Arbeiter von den „unchristlichen“ zu scheiden, wie die Schafe von den Wölfen, sondern die sogar noch unter christlichen Arbeitern eine Trennung nach Konfessionen vornehmen will. Bereits vor zwei Jahren erklärten die preussischen Bischöfe in ihrem Hirtenbriefe, daß für die katholischen Arbeiter nur die katholischen Arbeitervereine in Frage kommen könnten, doch wurde dieser Gedanke erst jetzt in die Praxis umgesetzt. Der Gedanke, katholische Arbeitervereine ins Leben zu rufen, ging von einem Herrn von Savigny in Berlin aus, der infolge seines großen Geldsacks in katholischen Arbeiterkreisen großen Einfluß ausübt; er wird hierin unterstützt durch den Vorsitzenden des norddeutschen Verbandes katholischer Arbeiter- und Gesellenvereine, einem Pfarrer, namens Journelle in Berlin.

Ihr Plan geht dahin, innerhalb der katholischen Arbeitervereine Fachabteilungen zu gründen, deren Zweck es sein soll, die katholischen Arbeiter wieder unter die Obhut der katholischen Geistlichkeit zu bringen. Diese katholischen Fachabteilungen, in denen natürlich der geistliche Vorstehende das entscheidende Wort und die leitende Stellung hat, sollen an die Stelle der christlichen Gewerkschaften treten. In der Pfingstwoche hat der 5. Delegirten tag der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands in Berlin getagt und sich mit dieser Frage beschäftigt. Aus den dem Delegirten tage vorgelegten Satzungen haben wir folgende Punkte hervor:

§ 1. Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine schließen sich, um ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen zu schützen und zu fördern, zu beruflichen Fachabteilungen aufammen, die in ihrer allgemeinen Vereinigung im Gesamtverband der katholischen Arbeitervereine eine gewerkschaftliche Organisation darstellen. Als besondere Aufgaben derselben sollen gelten:

1. Die Mitglieder in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Tagesfragen durch Vorträge, Diskussionen und dergleichen aufzuklären;
2. einen vermittelnden Einfluß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder auszuüben.

§ 3. Jede Fachabteilung eines Vereins wählt jährlich einen Vorsitzenden, einen Kassierer und einen Schriftführer. Dem Vorsitzenden liegt es ob, im Einverständnis mit dem Vereinspräsidenten, die besonderen beruflichen Angelegenheiten der Mitglieder einer Fachabteilung durch geeignete Veranstaltungen zu fördern.

§ 5. Die Fachabteilungen desselben Berufes bilden innerhalb ihres Bezirks eine Bezirksgruppe. Die Vorsitzenden der Fachabteilungen desselben Berufes wählen jährlich aus ihrer Mitte den Vorsitzenden ihrer Bezirksgruppe; demselben liegt es ob, im Einverständnis mit dem Bezirkspräsidenten die beruflichen Interessen seiner Bezirksgruppe zu vertreten.

§ 8. Die Beschlüsse und Maßnahmen der Fachabteilungen der Bezirksgruppen und der Verbandsgruppen sind zur Kenntnis des jeweiligen geistlichen Beirathes (Vereins-, Bezirks-, Verbands-Präsidenten) zu bringen. Sowohl diesem als der Fachabteilung steht das Recht zu, an ihre nächsthöhere Instanz sich zu wenden. Die Entscheidung der Zentralkommission ist definitiv.

§ 9. Die Generalversammlung jeder einzelnen Verbandsgruppe findet alljährlich einmal statt im Anschluß an den Delegirten tag des Gesamtverbandes der katholischen Arbeitervereine. Ihre Beschlüsse bedürfen der Gutheißung des Generalpräsidenten des Verbandes.

§ 10. Es empfiehlt sich, daß jede Verbandsgruppe nach altem deutschen Brauch einen Schutzheiligen als Patron erwählt und stets in Ehren hält.

Wahrlich ein sauberer Plan, um den Arbeitern noch mehr als bisher die Vertretung ihrer eigenen beruflichen Interessen aus den Händen zu nehmen und sie den Herren Geistlichen in die Hand zu spielen! Es ist eine Unverfrorenheit sondergleichen, erwachsene Arbeiter auf diese Weise unter Kuratel zu stellen und sie zu unmündigen Kindern zu degradieren. Welcher andere Stand würde sich dies bieten lassen?! Aber die katholischen Arbeiter werden eben von ihren Hirten als Schafe behandelt, die man an der Leine führt. Vor allen Dingen will man jegliches Vorgehen, um wirtschaftliche Vorteile zu erringen, lahm legen und „den Arbeitern muß die Waffe des Streiks aus der Hand genommen werden!“ Mit diesen Worten hat Herr von Savigny seine Absicht verhalten.

Für die Leser unserer Zeitung ist es wohl überflüssig, noch einmal auf den Wlibbhin hinzuweisen, der in der Gründung von katholischen Fachabteilungen liegt. Glücklicher Weise mehren sich auch unter den katholischen Arbeitern die Stimmen, die gegen eine solche Absonderung sprechen. So führte u. A. auf dem erwähnten Delegirten tage ein Herr Plagge aus Kiel aus, daß gegen die katholischen Gewerkschaften schwere Bedenken vorlägen. Es seien alle einig darüber, daß die Religion die Grundlage für die wirtschaftliche Ordnung biete. In rein religiösen Vereinen, die religiöse und wirtschaftliche Interessen vertreten, könnten ausnahmsweise auch andere Konfessionen zugelassen werden, aber in rein wirtschaftlichen Vereinen dürften die Konfessionsfrage nicht in den Vordergrund treten. Die Gefahr des Zusammenarbeitens mit Protestanten sei nicht so groß, sie habe sogar auch ihr Gutes. Die Protestanten gewinnen durch dasselbe eine bessere Ansicht in wirtschaftlichen Fragen über die Katholiken. Nebner hält also das Zusammenarbeiten von Katholiken und Protestanten in Arbeitervereinen nicht für schlimm. Die christlichen Gewerkschaften ständen heute immer noch auf christlichem Standpunkte trotz aller gegentheiligen Behauptungen. Daher sei die Gründung von katholischen Gewerkschaften neben den christlichen nicht nötig, im Gegenteil, sie könnten der katholischen Sache nur schaden.

Die Ansicht dieses Redners wurde von zahlreichen Delegirten getheilt und die Vertreter des Antrages, die Punkte wochen, rückten einen Pflock zurück, indem sie es der freien Vereinbarung zwischen dem Verbandsvorstande und dem jeweiligen Vereine an instellten, ob und welche Fachabteilun-

gen gegründet werden sollen. Es wurde also die fultative, nicht die obligatorische Einführung von Fachabteilungen beschlossen. Man will nunmehr Versuche in dieser Richtung machen und man wird sich schön blamiren.

Gerade zur rechten Zeit wird in den Zeitungen von einem in Böhlerthal bei Baden-Baden ausgebrochenen Streik der Sägereiarbeiter berichtet, deren Leiter ein katholischer Kaplan ist. Die Unternehmer, fromme Christen und gute Katholiken, verfolgen diesen Geistlichen mit den gehässigsten Angriffen und haben sich über ihn bei seinen Vorgesetzten beschwert. Bis jetzt allerdings noch erfolglos. Dennoch hat ein badisches katholisches Blatt Recht, wenn es mit Bezug hierauf schreibt: „Es zeigt dieser Fall, wie bedenklich es ist, wenn ein Geistlicher öffentlich und aktiv an der Spitze einer solchen Gewerkschaft steht und dadurch gezwungen ist, in einem Interessen-Widerstreit direkt Partei zu ergreifen und die Gegenpartei offen zu bekämpfen. Wenn im vorliegenden Falle die Beschwerden bei den vorgesetzten kirchlichen Behörden auch erfolglos blieben, so folgt daraus keineswegs die Gewißheit, daß das immer sein wird; es kann sehr leicht eintreten, daß einem geistlichen Streikleiter mitten im Kampf einmal die weitere Beteiligung von seiner Oberbehörde untersagt wird. Damit wäre die Sache für die Streikenden von vornherein zu Dreiviertel verloren. In allen solchen Fällen aber wird der Geistliche, der doch Seelsorger für die ganze Gemeinde ist, sich das für seine seelsorgerische Thätigkeit so notwendige Vertrauen bei den beteiligten Arbeitgebern verschmerzen und so seine eigentlich berufliche Thätigkeit erschweren und ihren Erfolg vermindern.“

Das Blatt urtheilt sehr vernünftig und trifft den Kern der Sache. Mögen sich die Herren Geistlichen um ihre Kanzel und die Seelsorge kümmern, aus der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter aber die Nase heraus lassen! Unsere Aufgabe wird es sein, die katholischen Kollegen immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß es eines modernen Arbeiters unvollständig ist, sich von der Geistlichkeit leithammeln zu lassen. Wir wissen selbst, was wir zu thun haben und berathen uns die Einmischung der Gelehrten und Geschichtsklitter in unsere eigene Angelegenheit. Die Herren würden sich ja auch bedanken, wenn wir uns in ihre Angelegenheiten mischen wollten.

Zum Gewerkschaftskongress.

I.

Am 16. Juni findet in Stuttgart der 4. deutsche Gewerkschaftskongress statt, an dessen Beratungen und Beschlüssen die der Generalkommission angeschlossenen Organisationen mehr oder minder stark beteiligt sind. Da seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich in steter Aufwärtsbewegung befindet, so wird der Rechenschaftsbericht der Generalkommission im allgemeinen ein günstiger sein. Zur reichhaltigen Tagesordnung des Kongresses sind bei der Generalkommission noch 84 Anträge zur Berathung eingegangen, die in Nr. 19 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht wurden. Da eine Anzahl von Anträgen von unwesentlicher Bedeutung ist, wollen wir nur auf einige kurz eingehen. So beantragen die Vorstände der Graveure, Bauarbeiter, Böttcher, Formstecher, Handschuhmacher, Maschinisten, Schmiede und Wergolder: Als Punkt 5 ist auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisation zu den Innungsverbänden“. Anlaß zu diesem Antrage geben die beständnten Grenzstreitigkeiten zwischen den großen Industrieverbänden und den noch z. Th. bestehenden Branchenorganisationen weil die großen Verbände auch Mitglieder aus den einzelnen Branchen aufnehmen. Schon der vorige Kongress hatte sich mit dieser Frage zu beschäftigen, da über einzelne Verbände wegen der betriebenen Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder Klage geführt wurde, weswegen die Resolution Ruffe zur Annahme gelangte, die lautete:

„Es ist unzulässig, daß seitens einzelner Organisationen Mitglieder aufgenommen werden, für welche ihrer Beschäftigung nach eine Berufsorganisation besteht. Ganz besonders ist die diesbezügliche Agitation zu verurtheilen, wenn dieselbe unter Hinweis auf niedrige Beiträge geschieht.“

Wie vorauszusehen ist, das gezeigte Resultat kein befriedigendes und sollte dieser Antrag auf die Tagesordnung kommen, wird jedenfalls nicht viel dabei herauskommen. Für uns ist die Frage weniger von praktischer Bedeutung, da die Mehrzahl der hausgewerblichen Organisationen einer Verschmelzung ablehnend gegenübersteht und in unserem Beruf nur die Lackirer in Betracht kämen, die in einzelnen Fällen dem Metallarbeiterverband angehören und die Schiffsmaler, die in Hamburg dem Hafnarbeiterverbande angeschlossen sind.

Unser Hauptvorstand nahm in dieser Frage die nach unserer Meinung vorzuziehende Stellung ein, daß es in solchen Fällen den Kollegen selbst überlassen sein muß, sich einer für sie am geeignetsten erscheinenden Zentralorganisation anzuschließen. Unbemerkt liegen noch mehrere Anträge vor, die die Auflösung der Branchenorganisationen zu Gunsten der Industrieverbände verlangen. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung ist der Punkt Agitation. Die in Ober- und Mitteldeutschland geschaffenen Einrichtungen haben sich gut bewährt und es wird Aufgabe des Kongresses sein, zu beschließen, ob diese Einrichtung auch für weitere Provinzen getroffen werden soll, denn die Notwendigkeit kann nicht bestritten werden. Zu begrüßen ist, daß die Frage der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeiterinnen den Kongress beschäftigen wird, wiewohl einige Verbände es sich seit langem haben aneignen lassen, die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen. Vom Vorstand der Buchdruckereiarbeiter wird dazu ein Antrag gestellt, eine besondere Frauenagitationskommission einzusetzen. Wir glauben kaum, daß der Antrag zur Annahme gelangt, da die intensive Kleinarbeit in der Agitation, bei der Arbeit und zu Hause von größerem Nutzen sein wird als die gedachte Kommission, die in allen Bezirken und allen Orten Deutschlands die Agitation betreiben soll.

Ebenso können wir uns auch für den Antrag der Metallarbeiter Stettins, für jede Provinz oder bestimmte Landestheile Provinzagitationskommissionen aus den Agitationsleitern aller Gewerkschaften zu bilden, als auch für den der Lithographen und Stein drucker: die Einrichtung periodischer Unterrichtskurse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands — nicht erklären, da erster Antrag vorläufig nicht ausführbar und zudem von den einzelnen Organisationen die Agitation selbst am besten durchgeführt wird, letzterer wohl besser zu den Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit gehört.

Zu Punkt Streikunterstützung liegt vom „Gewerkschaftsamt“ für den Blauen Grund“ der Antrag vor, — eine Reorganisation des Streikwesens vorzunehmen, damit dasselbe einheitlich wird. — Es ist nicht klar ersichtlich, was der Antragsteller mit dem „einheitlich“ sagen will, jedenfalls wird sich aber der Vorstand einer Organisation, der aus eigenen Mitteln seine Kämpfe führt, bedanken, wenn ihm über die Taktik seiner Streikführung Vorschriften von anderen Organisationen gemacht werden sollen. Der Antrag der Metallarbeiter Stettin zur „Streikstatistik“, eine tabellarische Wochenübersicht über Streiks und Ausperrungen im „Correspondenzblatt“ nach den Bezirken der Partei- und Gewerkschaftspressen zusammengestellt zu geben, hat gewiß vieles für sich, ist aber doch nicht so leicht realisierbar, wenn man bedenkt, wie schwierig es schon für die einzelnen Gewerkschaftsredaktionen ist, regelmäßig aus den Streikberichten des Berufes Berichte zu erhalten.

Ein wichtiger Antrag liegt von der Generalkommission vor:

Der Kongress beschließt: „Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Verbeitersekretariat zu errichten, welches die Rückfrage, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rückfrage in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat.“

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission.

Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichs-Verbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von 15 000 pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 1/2 pro Mitglied und Quartal erhöht.“

Ein politisches Handbuch für Arbeiter.

Das Sozialdemokratische Reichstagshandbuch*), das die Parteibuchhandlung Vorwärts herausgegeben und Genosse Schippel bearbeitet hat, liegt nunmehr abgeschlossen in einem ansehnlichen, gut ausgestatteten Band von fast 1200 Seiten vor.

Ueber die Anlage des Ganzen, über die Abgrenzung des Stoffes, über die festgehaltenen Richtlinien für die Darstellung ist jetzt ein Ueberblick und ein wirkliches, entscheidendes Urtheil möglich. Und wir dürfen ohne Uebertreibung sagen: gerade wegen des eigenartigen Zustandes des Werkes glauben wir, daß es für die verschiedenen Kreise der deutschen Arbeiterbewegung eine werthvolle Quelle der Belehrung sowohl wie der Anregung und Agitation bilden wird. Das Handbuch scheint uns in seiner orientirenden Stoffzusammenfassung ein schlagender Beweis dafür, welche reiche Klassenpraxis auf dem Gebiete der parlamentarischen und sonstigen politischen Betheiligung, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Selbsthilfe, des Kampfes, der Beobachtung und Darstellung von sozialen Mißständen die deutsche Arbeiterklasse sich in mächtiger, unübersteiglicher Entfaltung bereits geschaffen hat. Jeder im öffentlichen Leben Wirkende muß aber die bisherige Praxis kennen und verstehen, ehe er vernünftig weiterbauen kann; er soll aus den aller Erfahrungen stets von neuem lernen, schon um für die widerstrebenden Kräfte, für die Macht der Gegner ein richtiges Augenmaß zu gewinnen, das bei rein theoretischer und agitatorischer Schulung schwer zu erringen und festzuhalten ist. Ein wesentlicher Vorzug des neuen Handbuchs besteht deshalb darin, daß es die konkreten praktischen Fragen, ihre langsame Ausreifung, ihre oft recht verwickelte Ziellosigkeit mehr wie sonst in den Mittelpunkt der Darstellung rückt.

Auf der anderen Seite hat Schippel, abweichend von dem bekannten älteren Dr. Lugschens „Sozialpolitisches Handbuch“ auf alle allgemeinere theoretischen Raisonnements (über ebernes Lohngesetz, Mehrerwerb, Profitrate...) verzichtet und den verfügbaren Raum um so reichlicher für die eigentlichen Gesetzgebungsprobleme offen gehalten. Auch bei den einzelnen Artikeln ist diese Entzerrung deutlich bemerkbar. Greifen wir z. B. den 30 Druckseiten umfassenden Artikel „Kinderarbeit“ heraus, so ist nur mit ein paar knappen Sätzen der Einleitung an die Sucht des Kapitals nach billigen Kinderhänden, an die bisherige allgemeine kapitalistische Entwicklung erinnert. Dagegen werden die ursprünglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1869 charakterisiert; das erste Eingreifen der Sozialdemokratie, vor allem infolge der sächsischen Erfahrungen, wird geschildert, ebenso die darauf erfolgende Regierungskomitee von 1874/75 und die Abänderung der Gewerbeordnung von 1878, ferner die Verlep'sche Reform von 1890/91 ausführlich nach ihren Modifikationen wie nach ihren Ergebnissen. Dann folgt ein Abschnitt über die jüngste „Lehrerliteratur“, ein weiterer Abschnitt

Die Mithilfe eines solchen Reichsarbeitersekretariats ist wohl anzuerkennen. Da die mündliche Vertretung der Rückfrage vor dem Reichsversicherungsamt bisher von den Beamten der Berliner Gewerkschaftskommission meistens wahrgenommen wurde, dürfte dieselbe zu erwägen sein, ob durch Entsendung eines weiteren Beamten in der Berliner Gewerkschaftskommission auf Kosten der Generalkommission speziell zu den angegebenen Aufgaben dem gleichen Zweck gedient würde.

Aus unserem Berufe.

— An die Adresse unserer christlichen Quertreiber. Der Zentralverband in Köln gab in seinen letzten Mittheilungen bekannt, daß die Ortsverbände ihm frühzeitig Bericht erstatten sollen, wenn an den einzelnen Orten seitens des „freien Verbandes“ Lohnbewegungen in Szene gesetzt werden, damit er in der richtigen Weise dazu Stellung nehmen könne. Gerade in diesem Punkt, heißt es wörtlich, rufen wir den einzelnen Ortsverbänden zu: Wahrt Euer Selbständigkeit und laßt Euch von den rothen Brüdern nicht ins Schlepptau nehmen. Den Versuch hierzu haben dieselben des Defekten gemacht. Im Uebrigen sind die Lohnbewegungen, welche die „Freien“ in diesem Frühjahr arrangirt haben, nur Scheinmanöver gewesen, um dadurch die Agitation zu fördern und Mitglieder für ihren Verband zu lockern (z. B. Düsseldorf, Stuttgart). Gehen auch wir an die Agitation.“

Mit dieser Kapitalleistung scheint der neugeborene Zentralvorstand seinen Befähigungsnachweis dokumentieren zu wollen und für solche Helden an der Spitze einer christlichen Organisation kann man nur gratuliren. Die rothen Brüder wollen bei Lohnbewegungen in richtiger Weise Stellung nehmen, d. h. auf gut Deutsch: Wir werden bei solchen Gelegenheiten uns auf irgend eine Weise einschmuggeln, um „christliche“ Zahlstellen zu gründen suchen und wenn möglich, die Bewegung hinterziehen.“ Eigenthümlich mußte es uns an, wenn die „christlichen Maler und Anstreicher“ aufgefordert werden, ihre Selbständigkeit zu wahren und sich nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen von den „rothen“ Brüdern. Der Vorstand kann uns leid thun, wenn er zu solchen Mitteln greifen muß, um unausgestaltete Kollegen zu lockern. Da die Führer dieser Organisation allem Anschein nach noch Neulinge auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes sind, so können wir diese „blauen“ Brüder nicht Ernst nehmen und verzeihen ihnen gerne ihre Dummheiten, wenn sie glauben, daß die Bewegungen in Düsseldorf und Stuttgart Scheinmanöver waren. Mögen sich die „blauen Brüder“ nur gefälligst folgendes hinter die Ohren schreiben: daß sie mit ihrer Quertreiberei zur materiellen Hebung unserer deutschen Kollegenchaft noch nicht das Geringste geleistet haben und gar nicht im Stande sind, auf eigene Rechnung einen Streit in einer größeren Stadt durchzuführen; die Kölner Kollegen hätten vor zwei Jahren von vornweg mit ihrem Streit einpacken können, wenn sie z. B. „ihre Selbständigkeit“ gewahrt und auf die „christlichen“ gewartet hätten. Genau so liegt es an den Orten, wo unsere Kollegen seit Jahren einen permanenten Kampf um höhere Lebenshaltung, Aufklärung und Pflege des Solidaritätsgefühls führen. Durch Eindringen von christlichen Gewerkschaften, über welche der heutige Leitartikel des Näheren eingehend, haben unsere Kollegen in Anspruch die Kosten zu tragen, wenn sie nicht rechtzeitig jealosen Versuchungen entgegenwirken, wodurch die Zersplitterung unserer Kräfte verhindert wird. Die Lage unserer Berufscollegen mögen sie im Osten oder Westen, im Süden oder Norden Deutschlands arbeiten, ist durchweg noch sehr verbesserungsbedürftig, darum ist es die Pflicht aller Kollegen, Hand

über das „Kanzlerumschreiben und die Enquete“ des Reichsamtes des Innern, zuletzt über die neuen „Grundzüge“ und den jetzigen Entwurf. Zusammen mit dem 26 Druckseiten umfassenden Artikel „Hausindustrie“ ergibt das sowohl für die Erkenntniß sowie für die Kritik der deutschen Zustände eine recht angelegte Einführung.

Den Handbüchern anderer Parteien gegenüberhalten, zeigt sich die denkbar größte Verschiebung der Stoffauswahl infolge des entschlossenen Hervortretens der Arbeiterfragen.

Eine Reihe von Aufsätzen zeigt, wie man die Arbeiter unter Ausnahmestrich zu stellen versucht hat: mit Erfolg beim „Sozialistengesetz“, dessen Geschichte 28 Druckseiten beansprucht, ohne Erfolg bei der „Umsatzsteuer“ und dem „Arbeitswilligen“ (Kuchhaus-)gesetz. Dem überall durchbrochenen und lüdenhaften „Koalitionsrecht“ im Zusammenhang mit dem Vereins- und Versammlungsrecht sind weit über 50 Seiten gewidmet, wozu dann noch ergänzend Artikel über die Rechtsfähigkeit der „Berufsvereine“, über die „Streik Klausel“, über die „Buechbriefe“ und die Schmarbenerpolitik treten. Die Anläufe zur Bestrafung des „Kontraktbruchs“ von den 1873er Entwürfen ab bis zu den jetzigen einzelstaatlichen Gesetzen gegen Landarbeiter werden ausführlich dargestellt. Ebenso ist die Geschichte des „Arbeitsbuchs“ ein Beitrag zum „minderen Recht“ der Arbeiter.

Der Schwerpunkt des Buches fällt jedoch in diejenige Gruppe von Aufsätzen, die in der Inhaltsübersicht unter Arbeiterrecht bezeichnet sind. Eine längere Einführung in die Entwicklung der ganzen hierher gehörigen Gesetzgebung in Deutschland erhalten wir zunächst unter „Arbeiterrecht“, wobei als Ergänzung noch der Artikel „Internationaler Arbeiterrecht“ zu erwähnen wäre. Dann folgen spezielle Darstellungen der einzelnen Gebiete des Schutzes: der Kinderarbeit, der Frauenarbeit, der Sonntagsruhe, der Nacharbeit, des bisher nur in Aufsätzen vorhandenen Maximalarbeitstages, des Truckertages, der Lohnbestimmungen, der Arbeitsordnungen, der Arbeiteranschlüsse u. s. f. — immer, indem die einzelnen mühsamen Fortschritte seit der Reichsgewerbeordnung von 1869 geschichtlich verfolgt und die Verdienste und Anträge der Arbeiter und ihrer Vertreter gehührend hervorgehoben werden. Daran reißen sich abermals zahlreiche Aufsätze über die noch ganz oder zum Theil „ungeschützten Gebiete“ (Hausindustrie, Werkstätten, Landarbeiter, Gesinde, Gärtnerarbeiten) und über Gebiete, für die das Arbeiterrecht eine Spezialisirung erfahren hat und zum Theil auch noch recht rückständig geblieben ist (Artikel: Bergarbeiter, Seleute, Wonnenschiffahrt und Fischerei, Handlungsgesellen, Wägereiverordnung, Müllerverordnung, Gastwirtschaftsgesellen, Bauarbeiterrecht, Fleischer, Steinarbeiter, Verkehrsgewerbe, Regler, Hühnerfabrikation...) Für die „Arbeiterversicherung“ sind die einzelnen Rubriken von selber gegeben, wobei (unter „Unfallversicherung“) besonders auf die geschichtliche Darlegung der Stellungnahme der Arbeiterkongresse und der parlamentarischen Arbeitervertreter zum alten Haftpflichtgesetz und Haftpflichtprinzip hingewiesen sei, da hier neuerdings in der Partei vielfach widersprechende Anschauungen laut geworden sind. Unter Gewerbeamt und Einigungsamt, Arbeitsamt und Arbeitskammern, Arbeitsnachweis, Kommission für Arbeiterstatistik werden alle bedeutsameren parlamentarischen Anläufe zur

ans Werk zu legen, um menschenwürdiger Zustände herbeizuführen. Dazu brauchen wir eine gewerkschaftliche Organisation, die für jeden Berufscollegen offen steht, der ehrlich seine Kräfte zur Erreichung dieser Ziele in den Dienst stellt und diese Organisation ist die Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißhinder.

— Aus Heilbronn wird uns folgende beachtenswerthe Notiz mitgetheilt: In der am 25. Mai veranstalteten Schlußfeier der Gewerbeschule hielt Herr Bürgermeister Hegelmaier eine Ansprache, worin er zum Schluß über das Verhalten der Lehrlinge seine Befriedigung ausdrückt und hofft, daß dieselben auch in Zukunft die Ausbildungsmittel, welche die Schule bietet, gerne und zahlreich benutzen möchten, damit sie später in der Lage wären, ihr Handwerk richtig auszuführen. Gegenwärtig genügt es nicht mehr, daß ein Handwerker nur allein sich technische Fertigkeiten aneigne, er müsse auch Buchführung und besonders eine richtige Kalkulation können. Die meisten Handwerker seien auf die öffentlichen Arbeiten, welche im Submissionsweg vergeben werden, angewiesen, wenn nun ein Handwerker nicht richtig kalkuliren könne, so gerathe derselbe ins Hintertreffen. Bei der gegenwärtigen Art der Vergütung, wo der Mindestfordernde zunächst berücksichtigt werde, sei allerdings der an gute und daher theuere Arbeit gewöhnte Meister übel daran. Dieser Zustand werde sich erst bessern, wenn eine grundsätzliche Aenderung des Submissionswesens herbeigeführt werde. Wobin das gegenwärtige Submissionswesen führe, könne er an einem Beispiel nachweisen. Bei dem Stuttgarter und bei dem hiesigen Rathhausumbau war ganz dieselbe Malerarbeit zu vergeben; während aber in Stuttgart für den Quadratmeter 14 M bezahlt wurden, wurde sie hier dem Mindestfordernden mit 6 M zugezogen. — Unseren Kollegen, besonders denen, die in den Ausschüssen fungiren, kann nicht oft genug gerathen werden, auf die Ausbildung der Lehrlinge ein wachsameres Auge zu halten. Der tüchtige Gehülfe wird sich nicht so leicht mit niedrigen Löhnen abgeben lassen und der Zugehörigkeit seiner Berufsorganisation geneigter zeigen. Mit Freunden haben wir wahrgenommen, daß in verschiedenen Filialen in Bezug auf die „Lehrlingsfrage“ gute Resultate erzielt worden sind und ausschließlich fast ausnahmslos die aus der Lehre entlassenen jungen Kollegen sofort der Vereinigung beigetreten wurden. Möge darum überall mit Umsicht und Eifer gleichermaßen gearbeitet werden, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

— Berlin. Vorigen Montag stürzte auf einem Neubau in der Hühnerstraße der Maler Dieberholt von einem Gerüste ab und blieb mit einem Schädelbruch liegen. Man beachte den Schwerverletzten, der noch Lebenszeichen von sich gab, nach der Unfallstation am Zoologischen Garten. Dort wurde er verbunden und sollte mittels Krankenwagens nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden. Auf dem Wege dahin erlag der Unglückliche seinen Verletzungen.

Bernburg. Unsere Filiale hat in dem vergangenen Geschäftsjahre keine Fortschritte gemacht, vielmehr ist in der Kollegenchaft ein gewisser Grad von Schamhaftigkeit eingetreten, so daß den Meistern gegenüber nicht einmal die minimale Forderung: „Streichung des Schlußjahres im Lohnsatz“, abzuwingen gelangt werden konnte. Da hier verhältnismäßig viel verheiratete Kollegen sind und gerade diejenigen unter denselben, welche früher am eifrigsten waren, jetzt die größte Zurückhaltung zeigen, ist anzunehmen, daß hierdurch eine gewisse Beeinflussung der anderen Kollegen geschieht. Die Thätigkeit der Filiale erstreckte sich auf 23 Versammlungen, davon zwei öffentliche. Der Besuch der Versammlungen

Regelung und die gesetzgeberischen Erfolge eingehend vorgeführt. Wie man sieht, ist hier ein reiches und für alle Arbeitergeschichten und Arbeiterbestrebungen werthvoller Stoff zusammengetragen und man kann hinzusehen: erst bei einer derartigen Zusammenfassung wird man gewahr, welche vielseitigen Erfolge die deutschen Arbeiter trotz alledem und alledem schon errufen haben.

Mit besonderem Eifer hat sich Schippel dann offenbar auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte und Handelspolitik geworfen, die ihm ja seit langen Jahren geläufig ist. Die Schicksale der Gewerbeordnung im allgemeinen, die Gesetzgebung über die Zünfte, über das Hausgewerbe, das Detailhandeln, über die Wäse, die Reichswährung, die Reichsbank, die Post, aber nicht minder auch über die Genossenschaften und die Konsumvereine, die Apotheken, das Seuchenwesen, die Fleischbeschau, die Margarine, den unlauteeren Wettbewerb, die Abzahlungsgeschäfte und vieles andere kommen ebenso zum Ausdruck wie die Geschichte des deutschen Freihandels bis 1878, des Bismarck'schen Schutzolltariffs seit der handelspolitischen „Umkehr“, der Handelsverträge seit 1891, der Sammelpolitik und der neuen Schutzollströmung in den letzten Jahren bis zur jetzigen Zollvorlage.

Die Armeefragen umfassen dann noch immer 55 Seiten (Armeestratifikationsordnung), die Flottenfragen an 30 Seiten, die Kolonialpolitik gleichfalls 30 Seiten, dazu die Dampferkonventionen, der Nordostseeanal längere Artikel. Mit den Finanzen und Liebesgaben beschäftigen sich über 80 Seiten, wobei Einzelsteuern stets ihren Platz gefunden haben (Wier, Wäse, Branntwein, Salz, Zucker, Tabak u. s. w.) Auch an Verfassungsfragen ist kein Mangel (Artikel: Reichstag, Bundesrat, Kaiser — Immunität der Abgeordneten, Diäten, Budgetperioden, Legislaturperioden — Wahlrecht...), ebenso wenig an „Justizfragen“ (Berufung, Entschädigung Unschuldig, Precht, Majestätsbeleidigung, Duell, lex Heinze u. s. w.).

Ueber Einzelheiten der Stoffauswahl wird man natürlich immer streiten können. Im Großen und Ganzen scheint uns jedoch das Handbuch nach einem festgehaltenen Plan angelegt, der in seinen Grundzügen einem dringenden Bedürfnis der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung entspricht. Dabei ist die Ausführung so gewählt, daß man das Werk sowohl als Lehr- und Lesebuch zur Einführung in die „Zeit- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung“ benutzen kann wie auch zum Nachschlagen für momentane Zwecke, was durch ein sehr ausführliches alphabetisches Sachregister wesentlich unterstützt wird. Auch das Weiterstudium des Lesers wird erleichtert durch fortlaufende Hinweise auf die sozialdemokratische und verwandte Literatur, auf die parlamentarischen Akten, die Gesetze und ihre Einzelbestimmungen, ohne daß der Fluß der ganzen Darstellung darunter irgendwie leidet.

Wir glauben darum, daß das vielseitige fleißig bearbeitete Buch in keiner Arbeiterbibliothek fehlen sollte, vor allem in keinem politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverein. Es wendet sich den wichtigsten Gebieten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiter-Klassenpraxis mit besonderer Betonung und Vorliebe zu. Möge es rückwirkend auch zum Verständniß und damit zur Vertiefung beitragen.

*) Der Preis dieses für jeden politisch denkenden Arbeiter, vor allem aber für alle in der Partei- oder Gewerkschaftsbewegung thätigen, an Kantentassen, Arbeitersekretariaten, bergl. und angestellten Arbeiter unentgeltlichen Buches beträgt Gebunden 9 M., in 37 Lieferungen 7.40 M.

war durchschnittlich ein sehr mäßiger. Eine Aufbesserung der Löhne ist nicht zu erwarten, nur in einigen Werkstätten ist die Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden herabgesetzt. Von der bisherigen Verwaltung scheiden die Kollegen Borch und Sandau aus, wofür die Kollegen Weiser, Revoltmächtig, und Skilow, Schriftführer, neu- und Kollege Bogl, Kassierer wiedergewählt wurden. Der neuen Verwaltung verbleibt ein arbeitsreiches Feld und hoffen wir, daß der Lohn in festerem Zusammenhang und regerer Beteiligung nicht ausbleibt. Darum, Kollegen, thut Eure Pflicht, hinein in die Organisation!

Lahr (Baden). Durch rege Agitation einiger organisierter Kollegen ist auch hier in Lahr erfreulicherweise eine Zahlstelle gegründet worden. Nachdem schon zwei Zusammenkünfte zwecks Gründung einer Zahlstelle abgehalten, und das nötige Material zugekauft worden war, fand am 24. Mai die erste Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Kollegen Dehmel statt. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Reichenbacher gewählt. Kollege Dehmel erklärte sich bereit, bis zu seiner Abreise den Kollegen K. in seinem Amt zu unterstützen. Als Versammlungsort wurde die Wirtschaft Erb (St. Kasno) bis auf weiteres bestimmt. Zur Aufnahme meldeten sich sämtliche noch nicht organisierten anwesenden Kollegen, so daß jetzt eine Mitgliederzahl von 16 Kollegen zu verzeichnen ist. Auch hier muß man bemerken, daß es wieder gerade an den älteren ansässigen Kollegen liegt, die sich der Organisation gegenüber noch gleichgültig verhalten. Doch wir hoffen, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Organisation, wie sie sich bei den anwesenden Kollegen gezeigt, auch bei den ansässigen Kollegen noch bemerkbar machen wird. Unser Wahlspruch sei: „Vorwärts gestrebt! Und brav den Vereins-Anzeiger“ subdit, dann sind wir bald eines besseren belehrt!

Lohnbewegung.

Buzug nach Cannstadt ist streng fernzuhalten.

Ueber folgende Werkstätten ist die Sperre verhängt, da die Forderungen unserer Kollegen nicht hochgehalten werden: In Blankenese: Werkstätte Teegen; in Crimmitschau: Werkstätte Derte; in Reinbeck bei Bergedorf über die Werkstätten Fischer & Morik; in Mainz die Werkstätte Köhler, der in Kossheim den Klüppeln für den Quadratkilometer Alfordpud nur 40 $\frac{1}{2}$ zahlen will.

Der Streik in Cannstadt dauert unverändert weiter, da die Herren Meister sich noch weigern, die minimalen Lohnforderungen anzuerkennen.

Der Streik in Börsen wurde am 22. Mai beendet; der Ausstand dauerte 3 Wochen. Durch gegenseitige Vereinbarung wurde der Lohn um 2-3 $\frac{1}{2}$ die Stunde erhöht, bei Ueberstunden- und Landarbeit wird pro Stunde ein Zuschlag von 5 $\frac{1}{2}$ gewährt, die Arbeitszeit wurde um 6 Stunden die Woche verkürzt. Aufgabe aller Kollegen dafelbst muß es nun sein, mit aller Fähigkeit die Forderungen hochzuhalten, deshalb darf keiner von der Filiale wegstehen.

Berlin. Die Verhandlungen über unseren eingereichten Lohnantrag haben am Montag, 2. Juni, ihren Anfang genommen. Die Kommissionen bestehen ziemlich noch aus denselben Personen, wie im vergangenen Jahre. Hoffen wir, daß die Arbeiten ersprießlicher werden wie im verflossenen Jahre. Es liegt im Interesse unseres Gewerbes, daß endlich auch hier einmal durch gegenseitiges Einverständnis Bestimmungen getroffen werden, die einer Weltstadt wie Berlin würdig sind. Denn in Anbetracht der Lohnverhältnisse, wie sie bei den übrigen Bauarbeitern seit Jahren bestehen, sind die unsrigen noch weit zurück. Erst muß ein festes, von beiden Seiten anerkanntes Lohnverhältnis geschaffen werden, dann erst wird es möglich sein, auf die bekannten Lohnbrüder, Submissionshelden usw. den längst verdienten Druck mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auszuüben.

Weimar. Recht nette Zustände scheinen auf der Werkstätte des Malers Blau zu herrschen; denn besagter Herr, welcher nebenbei bemerkt, im Anfangsstadium der Gehilfenjahre sich befindet, geniert sich nicht, seinen Gehilfen bei der Einstellung 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu versprechen, um denselben dann am Sonntag sage und schreibe 24 $\frac{1}{2}$ pro Stunde hinzulegen. Dieses geradezu für unsern Beruf gemeingefährliche Gebahren war der Gegenstand einer Versammlung der hiesigen Filiale. Es wurde einstimmig beschlossen, alle Kollegen vor dieser Bude zu warnen und die Sperre über diese Werkstätte zu verhängen. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, diese Werkstätte zu meiden.

Versammlungs-Berichte.

Mörsleben. Generalversammlung vom 24. Mai. In die Verwaltung wurden die Kollegen W. Saalmann als Bevollmächtigter, M. Destrach als Kassierer, J. Weiß als Schriftführer, H. Schöllner und H. Pfeiffer als Revisoren gewählt. Im Gründungsjahre der Filiale (1899) hatten wir die Freude zu konstatieren, daß sämtliche Kollegen der Organisation angehörten, aber bei vielen galt es nur als vorübergehende Erscheinung. Die Führung des früheren Bevollmächtigten ließ viel zu wünschen übrig, so daß unausbleiblich die Filiale zurückgehen mußte. Viele Mitglieder blieben mit den Beiträgen so lange im Rückstande, daß an ein Nachbezahlen nicht zu denken war und so lehrten selbige der Filiale den Rücken. Jetzt scheint die Sache eine andere Wendung zu bekommen, indem die Verwaltung geregelt ist. Die Beiträge werden pünktlich entrichtet, auch die Stimmung im Allgemeinen ist für uns günstig. Dieses soll und darf uns nicht abhalten, immer wieder die Wankelmütigen aus ihrer lethargie aufzurütteln. Denn Mörsleben ist gewiß kein Ort, wo goldene Berge zu holen sind und die Kollegen es nicht nötig haben, der Organisation beizutreten. Im zweiten Punkt wurde darauf hingewiesen, einen tüchtigen Referenten, welcher einen wissenschaftlichen Vortrag hält, zu bestellen und die Nichtorganisierten hierzu einzuladen. Für uns ist jetzt die Parole, die Filiale nach innen und außen auszubauen, auch wurde die Arbeitslosenunterstützung mit in Betracht gezogen. Mehrere Kollegen versprachen beizutreten, wenn die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird (natürlich müßte sie schon deshalb eingeführt werden). Die Versammlung war sich einig, sollte die Arbeitslosenunterstützung auf der nächsten Generalversammlung Antrag finden, für einen Beitrag von 1-1.50 $\frac{1}{2}$ pro Woche 30 Wochen lang, im Winter steuerfrei, zu stimmen.

Bromberg. Eine gut besuchte Versammlung fand am 21. Mai statt. Als die Beiträge kassiert und 5 Mitglieder dem Verbands beigesetzt waren, erstattete Genosse Sioessel den Bericht über den Verlauf des Posener Malerstreits. Er führte dabei aus, daß es trotz der verschiedenen Sprachen in Grund dieser Einigkeit und dem Zusammenschluß in der Organisation ist es gelungen, den Sieg zu erreichen. Mögen die Bromberger Kollegen sich ein Beispiel daran nehmen, um

für ihre gerechte Sache ihre ganze Kraft einzusetzen, daß alsbald eine Verbesserung der Lage auch im Bromberger Malerstreik eintreten mag. Auch haben die Posener Kollegen betonen, daß zwischen gelehrten, sowie ungelerten Arbeitern eine vollständige Einigkeit herrschen kann. Jedoch in Bromberg will der Streikgeist noch nicht schwinden. Das aber ist vor allen Dingen nötig, um die Einigkeit herzustellen. Nur durch einmütiges Handeln ist es möglich, eine wirkliche Verbesserung der Lebenslage herbeizuführen. Zur Regelung des Streikwesens wurden 2 Kollegen damit beauftragt, jeden Sonntag Vormittag von 9-11 Uhr im Vereinslokal „Liwoll“ die Beiträge zu erheben. Der Vorsitzende ernannte die Kollegen, auch für die Zukunft fest zusammenzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß alsbald alle Kollegen dem Verbands angehören.

Deffau. Am 26. April fand im „Burgkeller“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende stellte seinen Jahresbericht ab und vom Kassierer wurde der Jahresstassenbericht verlesen. Es stellte sich heraus, daß wir in diesem Winter besser dazugestanden haben, als die letzten Jahre nach dem Streit. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt. Als Vorsitzender: Mühlberg, als Kassierer: Bunge, als Schriftführer: Herrmann, zu Bezirksleitern: Winn und Destrach, zu Hausagitatoren: Krings und Galtmann, als Revisoren: Wastheim und Schröder. Hoffen wir, daß alle Kollegen mit neuer Kraft aus Wert geben, dann werden auch wir wieder mit dem Mitgliederstand auf die Höhe kommen, wo wir vor dem Streit gestanden haben, denn fast sämtliche, die zur Zeit mit in den Streit getreten, haben uns, wie leider überall, bald wieder den Rücken gelehrt. Theilweise sind uns diese Kollegen durch die rege Hausagitation wieder gewonnen worden und werden sie auch durch das Bezirksleitersystem erhalten. Von 100 am Orte arbeitenden Kollegen sind nur 30 organisiert. Drei Kollegen betreiben jetzt Sonntags die Hausagitation, wodurch wir hoffen, in nächster Zeit berichten zu können, größere Fortschritte gemacht zu haben.

Am 10. Mai hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Müller aus Halle referierte. Leider war diese nur sehr schwach von indifferenteren Kollegen besucht, trotzdem vorher an sämtliche Kollegen eine briefliche Aufforderung und die Agitation mittels der Broschüre vorgegangen war.

Schönebeck a. d. Elbe. Am 24. Mai fand in Neugebauers Restaurant eine öffentliche, mäßig besuchte Versammlung statt, in der Kollege Vorchard-Magdeburg über das Thema: „Die heutige Krise und Zweck und Ziele der Organisation“ referierte. Der Referent erwiderte sich seinen Ausführungen in bester Weise. Er schilderte u. a. die allgemeine mäßige Lage in unserem Gewerbe und führte durch Beweise an, daß nur durch eine starke Organisation Abhilfe geschaffen werden kann. Ferner forderte er die erschienenen Kollegen auf, stets ihre Pflicht zu erfüllen, die faulenden Kollegen heranzuziehen und empfahl vor allem die Hausagitation, da mit derselben in anderen Orten gute Erfolge erzielt wurden. Unter Verschiebenem beklagte sich Kollege Wegener über die Interessentlosigkeit vieler Kollegen, die selten oder überhaupt nicht die Mitgliederversammlungen besuchen. Mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Filiale Schönebeck schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der langjährige Vorsitzende des Handfahmachers-Verbandes Wassner-Stuttgart hat seine Stellung gekündigt, da er zum Parteisekretär für Württemberg einstimmig gewählt wurde.

In Stuttgart befinden sich seit Sonnabend die Straßenbahn-Angestellten im Ausstand.

Die Ausperrung der Maurer und Zimmerer in Kiel dauert noch fort. Bezug muß unter allen Umständen ferngehalten werden, ebenso nach Hamburg und Umgebung, wo sich gleichfalls die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in einer Lohnbewegung befinden.

Die Vorlage über die Aufhebung des Diktaturparagrafen ist vom Reichstanzler dem Bundesrath unterm 27. Mai zur Beschlußnahme vorgelegt worden. Eine kurze Begründung ist der Vorlage beigelegt.

Ueber die Lage der Kupferschmiede Deutschlands hat der Vorstand des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede auf Grund von statistischen Erhebungen eine Broschüre herausgegeben. Die Erhebungen erstrecken sich aber nur auf 711 Betriebe, wiewohl mindestens über 3500 vorhanden sein sollen. In den 711 Betrieben waren 3237 Gehilfen beschäftigt, wovon 2365 organisiert waren. Vorwiegend herrscht noch die 10stündige Arbeitszeit, in 64 Betrieben die 11stündige, in 3 die 12stündige und in 3 Betrieben ist die 8stündige eingeführt. Löhne wurden von 20 $\frac{1}{2}$ an bis 70 $\frac{1}{2}$ die Stunde ermittelt. Die Zahl der Lehrlinge betrug 911; die meisten waren in den Kleinbetrieben beschäftigt.

Der deutsche Buchhändlerverband hat zum zweiten Mal seinen Geschäftsbericht in einer stattlich ausgestatteten Broschüre herausgegeben. In einer Reihe kleinerer Absätze tritt uns hier die Bewegung der Organisation vor Augen. Zuerst finden die Lohnbewegungen, Konflikte und Tarifdifferenzen eingehend Erwähnung, dann folgt eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit der Gaue, ein ausführlicher Bericht von der Gründung des Postkasselerverbandes und eine Zusammenfassung über die Mitgliederbewegung. Der durchschnittliche Mitgliederbestand für 1901 betrug 9971, der Verband hat sich demnach trotz der Krise gut entwickelt, auch scheint die Fluktuation der Mitglieder, die sonst sehr stark hervortrat, etwas nachgelassen zu haben. Die Gesamtsummenahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 168 961.63 $\frac{1}{2}$, die Gesamtsummenahmen auf 113 040.73 $\frac{1}{2}$. Unter den letzteren beanspruchte die Arbeitslosenunterstützung den Hauptanteil, nämlich 37 788.30 $\frac{1}{2}$ gleich 22,4 pZt. der Gesamtsummenahme. Die Summe stieg gegenüber dem Vorjahre um mehr als das Doppelte, um fast 20 000 $\frac{1}{2}$. An weiteren Ausgaben haben wir hervor 19 280.41 $\frac{1}{2}$ für das Verbandsorgan, 6463.89 $\frac{1}{2}$ für Gemeindegemeinschaftenunterstützung, 1913.37 $\frac{1}{2}$ für Streikunterstützung, 1600 $\frac{1}{2}$ für andere Organisationen, 1906.92 $\frac{1}{2}$ für Rechtschutz und Gerichtsverfahren, 1184.76 $\frac{1}{2}$ für persönliche und sachliche Verwaltungskosten usw. Das Vermögen des Verbandes stieg auf 189 708.24 $\frac{1}{2}$, d. i. pro Mitglied ein Vermögensantheil von 19 $\frac{1}{2}$. Unverkennbar ist, daß der Vorstand die Gleichhaltung der Broschüren in Format und Ausstattung durchführt, was man in gleichen Fällen bei anderen Organisationen oft vermißt.

Der fünfte internationale Textilarbeiterkongress wird vom 1.-6. Juni d. J. in Zürich, im Saale der „Tonhalle“ abgehalten.

In Bülkershal (Baden) befinden sich die Sägearbeiter im Ausstand. Sie verlangen eine zwölfstündige Arbeitszeit und einen Lohn von mindestens 1.80 $\frac{1}{2}$ (früher 1.40 $\frac{1}{2}$). Bisher wurde auf den Sägemühlen vier-

zehn Stunden gearbeitet, ohne Pause, bei Tag- und Nacht-Schicht. Der christliche Holzarbeiter-Verband suchte durch Vermittlung des Bürgermeisters, sowie des Gewerbeinspektors die Arbeitsverhältnisse in etwas zu bessern. Die Sägearbeiter lehnten jedoch jeden friedlichen Vergleich ab und verlangten, daß die Arbeiter aus dem Verbands treten müßten. Auf einer Mühle kündigte man dann verschiedenen Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands, worauf der allgemeine Ausstand verkündet wurde. In einer Verhandlung, die zum Zwecke der Einigung in Gegenwart des Fabrikinspektors vor dem Bürgermeister stattfand, erklärte einer der Unternehmer, daß in Galizien noch 17 Stunden gearbeitet werde, „der eine sei eben zum Arbeitgeber geboren, der andere hingegen zum Arbeiter, selbst die heilige Schrift schreibt vor, daß man im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen solle und bevor er sich nachfragen lassen würde, anderen Sinnes geworden zu sein, würde er sich erschließen“. Der Fabrikinspektor meinte hierauf lakonisch, wenn er sich erschließen wolle, dann brauche er nicht mehr weiter zu unterhandeln. Je entschlossener das Arbeiterleben, um so dummstolzer das Unternehmertum. Bemerkenswert ist noch, daß der Streikführer ein katholischer Geistlicher, der Kaplan des Ortes, ist; darüber wird die neue Richtung nicht sonderlich erbaunt sein.

Der Vorstand des Sägearbeiterverbandes gibt bekannt, daß für die Stomage der Mitglieder und der je ein besoldeter Bezirksleiter angefordert werden soll. Bewerber müssen mindestens ein Jahr dem Verband angehören und haben bis 15. Juni d. J. eine selbstverfertigte Probearbeit über die Aufgaben eines Bezirksleiters“ einzuliefern. An Gehalt sind 1800 $\frac{1}{2}$ festgesetzt.

Das Alte stirzt, es ändern sich die Zeiten, mag der alte Verbandsanwalt Max Girsch ausgerufen haben, als auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen XII. Delegatentag der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter der alte Nevers endgültig begraben wurde. Der Gewerkschaftsverband der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter ist der stärkste innerhalb des Gesamtverbandes; er hat fast 100 000 Mitglieder (300 000), wie alle Girsch-Dunder'schen Gewerkschaften anderer Berufe zusammen. Was die Maschinenbauer thun und lassen, ist daher beinahe vorbildlich für alle anderen Verbandsvereine. Mit 22 gegen 8 Stimmen wurde dem Nevers die nichtsagende Form gegeben: „Hiermit bezeichne ich, von dem Inhalt der Statuten Kenntnis genommen zu haben; ich unterwerfe mich den Bestimmungen derselben, sowie den Beschlüssen des Delegatentages des Gewerkschafts der Maschinenbauer.“ Nur eine einzige Konzeption machten die Neversgegner noch den alten Mitkämpfern aus lauter Gefälligkeit: sie nahmen gleichzeitig eine Resolution an, wonach die Wenderung des Neverses auf keine Weise die bisherige Grundanschauung berühren soll; der Gewerkschaftsverband vielmehr nach wie vor auf dem Boden der freien Privatwirtschaft und genossenschaftlichen Selbsthilfe. Uebriens wurde von allen Neversgegnern scharf betont, daß auch „so genannte“ Grundanschauungen mit der fortschreitenden Zeit geändert werden müßten.

Der Beirath für Arbeiterstatistik, der an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten und der arbeitsstatistischen Abteilung des Reichlichen statistischen Amtes beigegeben werden soll, wird nach den vom Reichstanzler dem Reichstages übermittelten Bestimmungen folgende Aufgaben zu erfüllen haben: er hat 1. auf Anordnung des Bundesrathes oder des Reichstanzlers (Reichsamt des Innern) die Vornahme arbeitsstatistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung, sowie ihre Ergebnisse zu bequemen; 2. in Fällen, in denen es zur Ergänzung des statistischen Materials erforderlich erscheint, Auskunftspersonen zu bezeichnen; 3. dem Reichstanzler (Reichsamt des Innern) Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung arbeitsstatistischer Erhebungen zu unterbreiten. Der Beirath besteht aus einem Vorsitzenden und vierzehn Mitgliedern, von denen sieben der Bundesrath und sieben der Reichstag wählen. Die Wahlen erfolgen für die Dauer jeder Legislaturperiode. Der Beirath ist befugt, zu seinen Sitzungen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl als Vertreter mit beratender Stimme zuzuziehen. Die Zugewinnung muß erfolgen, wenn sie vom Bundesrath oder vom Reichstanzler (Reichsamt des Innern) angeordnet oder von sechs Mitgliedern des Beiraths beantragt wird. Der Reichstanzler (Reichsamt des Innern), sowie die Landesregierungen sind befugt, zu den Sitzungen des Beiraths und der Ausschüsse Vertreter zu entsenden, welche jederzeit gehört werden müssen. Die Vertreter sind dem Vorsitzenden namhaft zu machen. Als Mitglieder des Bundesrathes und des Reichstages werden, wie bekannt, in den Beirath in erster Linie dieselben Herren gewählt werden, welche bereits der arbeitsstatistischen Kommission angehörten. Da wir die „Fügigkeit“ auf sozialpolitischem Gebiet kennen, mit der bei uns gearbeitet wird, so wird die neue Institution noch etwas auf sich warten lassen.

Vom Ausland.

Zur diesjährigen „Frühjahrsfestsaison“ schreibt „H a l b a s“, das Organ der Maler-, Anstreicher- und Vergoldermeister zu Budapest: „Gleich einem Gefangenen, der die Freiheit erhält, um das gesellschaftliche Leben zu genießen, ebenso freuen uns wir Gewerbetreibende, namentlich die wir dem Baufache angehören, wenn die rauhe Jahreszeit verstrichen und dem milden Frühlingswetter den Platz einräumt; haben wir doch die schönsten Hoffnungen, abermals Erwerb zu finden, der das während der arbeitslosen Zeit entstandene Defizit im Haushalte beseitigen, die täglichen Ausgaben decken und noch eventuell einen Ueberschuß für die erwerbslose Zeit schaffen soll; dies sind die Hoffnungen, mit welchen wir von der unheimlichen Ruhe aufgerüttelt werden und mit denen wir neuerdings gewappnet auf das Kampfgebiet der Arbeit hinausziehen, um für uns etwas zu erwerben. Nun ist es wohl wahr, daß, sowie das Leben an und für sich, nichts anderes als einen steten Kampf bildet, ebenso muß jeder zur Erhaltung desselben, falls er nicht von sonstigen irdischen Glücksgütern gesegnet ist, die größten Anstrengungen machen, um seine Existenz aufrecht zu erhalten; und dies finden wir auch recht und billig, da doch die Arbeit die Basis unseres Lebens bildet. Wenn wir jedoch unsere Arbeitszeit, die bekanntlich im Frühjahr beginnt und bis zum Herbst währt, jetzt betrachten, müssen wir leider offen gestehen, daß wir schon seit 4 Jahren während der Arbeitszeit kaum so viel erwerben, als zum täglichen Bedarf nötig ist und außerdem noch immer keine Aussicht auf eine Besserung dieser traurigen Verhältnisse.“

Im weiteren wird darüber Klage geführt, daß Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden wäre, wenn die Beschäftigten mehr für Reinlichkeit opfern, die allgemein herrschende Stagnation nicht zu Preisbrüderereien benützen und mehr auf solide Arbeit als auf unbedeutende Nebenarbeiten würden. Daß die Lage der meisten selbständigen Unternehmer unseres Berufes im Allgemeinen keine rosige ist, haben wir schon oft angeführt. Das hindert die Herren jedoch nicht, das Werkbete

ihre Handlungswelt, künftige Organisationsbestrebungen in konkreter Weise zu bekämpfen, endlich einmal einzufehen. In vielen Städten haben sich längst unsere Kollegen die Wahrnehmung zu machen, wie man offen und hinterläßt gegen die organisierten Gewerkschaften sogar in Innungen arbeitet, jedoch man sich nicht zu wundern braucht, wie diese einige Hauptwerkstätten auch fähig trägt — kann man noch vieler Weise einiger weitläufiger Männer hier und dort Proving-Immungen usw. errichtet worden, steht ein anderer Teil der Herren Meister seine Lebensaufgabe darin, sobald als möglich die Organisation zu Fall zu bringen. Beispiele aus der jüngsten Zeit sind wohl genügend vorhanden. Mit die beständigsten Mittel, worauf immer und immer wieder hingewiesen wird, sind die natürlichen Folgen derartigen Handlungswelt. Durchschnittlich betreibt das Kleinmeisterthum die schäblichste Konkurrenz, wiewohl auch mancher größere Geschäft in dieser Beziehung nicht zurücksteht. Beständen in unserem Gewerbe gerechtere, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, diese, die heute einen verzweifeltten Existenzkampf als Kleinmeister führen, würden sich in den Reihen der Gewerkschaften befinden. Wie lange wird man noch lauden Ihren präbigen müssen?

Die Generalversammlung des Gesamtverbandes der bänischen Gewerkschaften war von ca. 300 Delegierten besucht. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden J. Jensen erstattete der Sekretär M. Olsen den Jahresbericht. Das vergangene Jahr wird charakterisiert durch die vielen Versuche der Unternehmer, die Arbeitslöhne herabzusetzen, die jetzt in dem Ansturm der Arbeiter auf die Löhne der Geizigen und auf das Koalitionsrecht der Seeleute und Hafenarbeiter wohl ihren Höhepunkt erreichten. Größtentheils wurden jene Versuche erfolgreich zurückgewiesen. Es haben sich im Laufe des Jahres mehrere neue Organisationen dem Gesamtverbande angeschlossen. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt rund 70 000. — Unter dem Beschluß der Hafenarbeiter-Konferenz beschloß die Generalversammlung, mit Bezugnahme auf die diesbezügliche Resolution des skandinavischen Arbeiterkongresses, die kooperativen Unternehmungen der Arbeiterpartei nach besten Kräften zu unterstützen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin das Bedauern über die Stellung, die die Mehrheit des Völkchens gegenüber dem Antrag auf „Staatsbeihilfe für die Arbeitslosenunterstützungsanstalten der Gewerkschaften“ eingenommen hat, zum Ausdruck gebracht wird und die Mitglieder der Gewerkschaften aufgefordert werden, gelegentlich ihren Einfluß als Wähler zu Gunsten des Gesekentwurfs geltend zu machen. — Als Vorsitzender des Gesamtverbandes der Gewerkschaften wurde J. Jensen, als Sekretär E. M. Olsen einstimmig wiedergewählt.

Gerichtliches.

Kann der Arbeiter, der „aussehen“ muß, Entschädigung wegen rechtswidriger Entlassung beanspruchen? (O. D. §§ 124a, 124b. — Urteil des O.-G. Weimar vom 14. August 1901, eingeleitet vom Vorsitzenden v. Thüna.) Kläger war bei Beklagtem für eine Stundenlohn von 35 M bei zehnstündiger Arbeit und wurde bei der Lohnzahlung am 3. August vom Beklagten bedrückt, daß er vom nächsten Montag, den 5. ab „aussehen“ oder „einige Tage aussehen“ müsse, da keine Arbeit für ihn da sei. Kläger widersprach dem Aussehen und der letztangeführten Behauptung. Alles dieses steht fest, ebenso auch, daß in der Zeit während der Zeit des „Aussehens“ Arbeiter, darunter auch einige ganz junge, erst seit wenigen Wochen beim Beklagten eingetretene, beschäftigt worden sind. Kläger fordert als Entschädigung den Tageslohn für eine Woche, d. i. 6 x 3,50 M = 21 M. Beklagter widerspricht: er habe Kläger nicht entlassen; wenn ihm die Arbeit, auf die er gerechnet und für die er den Kläger bestimmt habe, entgangen sei, könne er nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Der Beklagte ist verurteilt. Aus den Gründen: Der Arbeitsvertrag ist ein zweiseitiger Vertrag, der von keinem Teil ohne Zustimmung des anderen Theiles geändert werden kann. „Ausreichende Beschäftigung“ (O. D. § 124a) und Lohnzahlung gehören zu den Grundlagen des Arbeitsvertrages. Entzieht diese der Arbeitgeber dem Arbeiter ohne dessen Einverständnis, so macht er sich eines Vertragsbruches schuldig und wird schadenerschuldig. Insofern hat das „Aussehenlassen“ mit der Arbeit gleiche Wirkung wie die rechtswidrige Entlassung (O. D. § 122, 124b letzter Satz). Erschweren Betriebsstörungen die Erfüllung des Vertrags, so hat der Unternehmer sich deshalb mit dem Arbeiter in's Einvernehmen zu setzen, wenn er sich besserer Arbeitskraft über die Zeit der Störung hinaus sichern will, oder muß ihm kündigen, kann ihn aber nicht durch Aussehenlassen plötzlich arbeits- und verdienstlos machen.

(Aus dem Gewerbegericht.)

Der Redakteur des „Grundstein“, Genosse Stanning, wurde wegen Beleidigung eines Bauunternehmers zu 100 M verurteilt. In einem Artikel waren von einem Maurer Behauptungen aufgestellt worden, die sich als unhaltbar erwiesen.

Verschiedenes.

Die deutsche Gesellschaft zur Beförderung rationaler Malverfahren in München hat am 21. April an die bayerische Abgeordnetenkammer eine Petition gerichtet, worin von der bayerischen Staatsregierung verlangt wird, „daß die Versuchstation und die Materialiensammlung der Deutschen Gesellschaft zur Beförderung rationaler Malverfahren, von der kgl. techn. Hochschule übernommen und der chemischen Abteilung dieser Anstalt bezw. der Vorstandschaft des Professors der chem. Technologie, Herrn Prof. Dr. G. Schulz unterstellt werde und den Titel „Kgl. Versuchsanstalt für Maltechnik“ erhalte. Ferner soll die Kammer der Abgeordneten für die Besoldung eines Privatassistenten und die Bestreitung der laufenden Ausgaben der Versuchstation für diese Finanzperiode einen jährlichen Zuschuß von angemessener Höhe gewähren. Ein Zuschuß in der Höhe von 3—4000 M dürfte als ausreichend erscheinen, da die Gesellschaft wie bisher, so auch fernerhin bestrebt sein würde, einen wesentlichen und großen Teil der Arbeiten für die Versuchsanstalt durch ihre Mitglieder, die sich auch fernerhin hierzu bereit erklärt haben, unentgeltlich besorgen zu lassen und auch von den weiteren ihr sonst zur Verfügung stehenden Mitteln zweifellos ebenfalls zur Unterhaltung und für den Betrieb der Versuchsanstalt zur Verfügung zu stellen bereit sein wird.“ Die Mißstände auf dem Gebiete der Maltechnik, gleichviel ob sie künstlerische, kunstgewerbliche oder Zwecke des Handwerks verfolgt, die Mängel des Unterrichtsmaterials hierfür u. sind bei den Interessenten wohl bekannt. In der Bekämpfung dieser Mißstände und zur wirklichen Besserung dieser Verhältnisse hat sich anerkanntermaßen die Münchener Deutsche Gesellschaft zur Beförderung rationaler Malverfahren und ihre Versuchsanstalt große Verdienste erworben, trotzdem die Gesellschaft

einen steten Kampf um ihre Existenz zu führen hatte. Auch für unser Gewerbe wird eine solche „staatliche Versuchsanstalt“ von großem Nutzen sein, wird doch ständig an den Maler und Kunstler das Verlangen gestellt, für seine Arbeiten und Materialien Garantie zu leisten, während die allerdinglich Meister und Geübten die nötige Kenntnis von der Zusammenstellung, Verwendung und Haltbarkeit der verschiedenen Farben, Lacke, Öle und Bindemittel haben; in Anbetracht der gemeinsamen Bestrebungen der Gesellschaft wäre es nicht mehr wie recht und billig, daß das so billige Verlangen der Patenten baldigst berücksichtigt wird.

Litterarisches.

Nr. 4/5 des „Bulletin des Internationalen Arbeitsamts“ zu Basel ist erschienen im Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Protokolle des ersten Kongresses und des ersten Verbandstages der Fleischer u. S. Deutschlands, Sitz Berlin. — Protokoll der 6. Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands, Sitz Berlin, Halle, gefunden zu Ostern 1902 in Magdeburg. — Protokoll über die Verhandlungen der 9. ordl. Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher, Sitz Nürnberg. Abgehalten zu München 1.—5. April 1902. Preis 10 M.

Vom „Süddeutschen Postillon“ ist soeben Nr. 11 in der bekannten vorzüglichen Ausstattung erschienen. Dem Hamburger Fest, einer Erinnerung an den 27. Mai 1832 wird von E. Krowatzki eine interessante Beschreibung gewidmet. Preis der Einzelnummer 10 M.

Pflanzenornamente für den Zeichenunterricht. Unter diesem Titel sind im Verlag von W. G. Teubner-Leipzig 2 Lieferungen, die ein Werk bilden, erschienen, die von Prof. Otto Häßlinger und Reallehrer Ulrich Ganslöser bearbeitet wurden. Der Preis für jede Lieferung beträgt 7 M. — In der Vorbemerkung wird angeführt, daß die Vorlage in erster Linie für den Gebrauch an höheren Mädchenschulen und Frauenarbeitschulen bestimmt sind. Sie sollen für die im Zeichenunterricht zur Entwicklung des Farbensinns vorzunehmenden Übungen als geeignete Vorbilder und als Anleitung zum Stillfassen der Pflanze für die Zwecke weiblicher Handarbeiten dienen. Die Aufgabe, welche sich die Verfasser gestellt haben, ein Zeichenwerk von schlichter Einfachheit und in geistiger Farbgebung herauszugeben, das den natürlichen Charakter der Pflanze nach Möglichkeit wahr, scheint uns hier glücklicherweise zu sein, wiewohl nach unserm Dafürhalten einige Tafeln hätten recht gut höhere Anforderungen an das zeichnerische Können der Mädchen und Knaben stellen können. Die einzelnen Tafeln beigegebener Naturstudien in Federmanier entschädigen uns einigermaßen für einige zu steif gezeichnete Motive auf Tafel 5 und 7.

„Die Mappe“, Verlag Callwey-München, hat mit der vorliegenden Nummer 12 ihren 21. Jahrgang vollendet.

Herrn Lorenz, Die Klage vor den Amts- und Gewerbegerichten und den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Zwangs-vollstreckung. Verlag von Mich. Lipinski, Leipzig, Lange-straße 27. Preis 60 M., Porto 10 M.

Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, herausgegeben von Max Schippel, ist bis zur 34. Lieferung erschienen. Wir halten das Buch für ein unentbehrliches, lehrreiches Nachschlagewerk und geben unseren Lesern dringend anheim, noch jetzt darauf zu abonnieren, soweit es nicht bereits geschehen ist.

Achtung!

Es wird gewarnt vor dem Malergehilfen Johann Kruse aus Bremen, welcher durch die Aufnahme seiner in den Agitationsbroschüren Mitglieder aufgenommen hat, den Vertrag aber nicht abließerte. Filiale Bremer haben.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Bestätigt werden hiermit die Ersatzwahlen der Filialen Verbnung und Schwäbisch Hall.

Der Vorstand.

Duittung.

Vom 28. Mai bis 2. Juni gingen bei der Hauptkasse ein: Düsseldorf M. 200.—, Buchn. 347 1205; Buchn. 21988 4.40; Stramm, Berlin 22.—.

Verlängert. In der Duittung in der Nr. 15 ist Breslau mit 200 M. vergessen.

Zuschüsse wurden abgesandt: Greiz M. 25.—, Cannstadt 250.—.

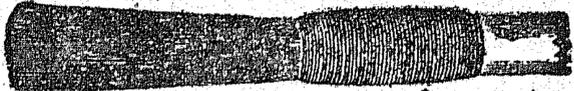
H. Wentker, Kassirer.

Anzeigen.

Restaurant „Sondermann“ Stiftstrasse 52, Hamburg St. Georg.

Verkehrslokal der Vereinigung der Maler. — Zahlstelle der Zentralkranken-Kasse. Bürgerl. Mittagstisch von 12—3 Uhr und Abends von 6—8 Uhr.

H. Th. Höpner, Pinsel-Fabrik GREIZ/W.



Alle Sorten Pinsel für Kunst u. Industrie, Illustr. Preis-courant gratis u. franco

Amoretten. Malvorlagen Blumen. — Landschaften. Früchte etc.

20 Blatt M 3.—, 40 Blatt M 5.—, franko, naturgetreu. **Heinr. Brühl**, Hamm i. Westf., Karlstr. 5.

MALERSCHULE zu HAMBURG

WILH. SCHÜTZE, PROSP. GRATIS. Nur ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-druck, mit leicht fählicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 M zu beziehen von

Aug. Dütemeyer, Maler, München, Stadtstraße 11, IV. rechts.

Malerei können die Vertretung übernehmen!

Neu! Es erschien im Selbstverlage: Neu!

Neue Holz- und Marmormalereien zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methodo.

I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.—
II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—

Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19.

Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.

Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.

Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark.

Unser Maler-Schule sind mehrere Erste Preise Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekt der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange & Co.,

Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

Stomke's Städtebuch

Reiseführer durch Deutschland und angrenzende Länder mit Eisenbahn- und Vegetationskarte, 356 Seiten, geb. M 1.20. In allen Buchhandlungen zu haben oder gegen Einlieferung von M 1.40 bei G. Stomke's Verlag Bielefeld.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Satz Greizer, Berliner und Dessfriesche, je einen Satz Müns- und Fischhaarmalplustel, einen Dachsvertreiber, einen Eschlager, einen Modler, (je 8 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Lederkämme (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu M 13.50 per Nachnahme.

G. Job, Nürnberg, Tschelgasse 13.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse.

der Maler und verw. Berufsangehörigen Deutschlands.

(Eingetragene Filialstrasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassirers vom 25. bis 31. Mai 1902.

Ueberchüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Scheid-Hamburg (Barmbeck) M. 100.—, Schmidt-Hamburg 200.—, Coburg-Berlin W. 800.—, Wöhm-Berlin SW. 200.—, Grüner-Leipzig 200.—, Präger-Berger 80.—, Tornow-Berlin O. 200.—.

Krankengelder erhielten Wöhm 7715, J. Trautmann in Erbach M. 25.80; Wöhm 14839, F. Teubner in Rosen-berg in Westpreußen 12.90; Wöhm 421, E. Meier in Jühmsdorf Kreis Teltow 23.65; Wöhm 17386, S. Wenz in Gräfenhausen 12.90; Wöhm 3719, S. Wendig in Schöner a. Warthe 25.80.

Sterbegeld wurde gezahlt für Buch Nr. 13153, G. Wiesenberg in Betekaten in Ostpreußen M. 110.—.

Die Wahlprotokolle und Wahlreglements zur Generalversammlung sind an alle örtlichen Verwaltungen versandt worden. Sollte eine Verwaltung diese nicht erhalten haben, dann bitte ich um Mitteilung.

J. G. Dulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die Zeilspaltenzeitzeile oder deren Raum 30 M., Vereinsanzeigen 15 M., die Spaltzeile. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1902 unter Nr. 7713 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 22 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Verlag von H. Wentker, Hamburg. Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Silber, Friedenstrasse 4.